

Lichtenstein-Callnberger Tageblatt

Anzeiger für Lichtenstein-Callnberg, Hohndorf, Rödlitz, Bernsdorf, Rösdorf, St. Egidien, Heinrichsdorf, Marienau, den Müllengrund, Rübchnappel und Tirschbeim.

Er erscheint täglich, außer Sonn- und Festtags, nachmittags. — Bezugspreis: 10.— Mtl. monatlich frei ins Haus, durch die Post bezogen 30.— Mtl. vierteljährlich. Bestellungen nehmen die Geschäftsstelle, sämtliche Postanstalten, Briefträger und andere Zeitungsträger entgegen. — Einzelnummer 50 Hfg.



Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Grundzeile wird mit 1,50 Mtl. für auswärtige Besteller mit 1,75 Mtl. berechnet. Im Resten- und amtlichen Teile kostet die dreigespaltene Zeile 3,50 Mtl., für Auswärtige 4.— Mtl. Schluß der Anzeigenannahme vorm. 9 Uhr. Fernsprechen Nr. 7. Drahtausdruck: „Tageblatt“. Postfachkonto Leipzig 86 657.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und der Anwaltschaft, sowie des Stadtrates zu Lichtenstein-Callnberg. Druck u. Verlag von Otto Koch & Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., Inh. Wilhelm Pester in Lichtenstein-C., zugleich verantwortlich für den gesamten Inhalt des Blattes.

Nr 39

Mittwoch, den 15 Februar 1922

72. Jahrgang

Bekanntmachung

Reichseinkommensteuer betr.
Steuerspflichtige, denen ein **endgültiger Steuerbescheid auf das Jahr 1920** ausgestellt worden ist, und die mit der Bezahlung des Erfüllungsbetrages auf das Rechnungsjahr 1920, sowie mit den ersten 4 Raten der **vorläufigen Einkommensteuer** nach diesem Steuerbescheid auf das Rechnungsjahr 1921 noch im Rückstande sind, werden hiermit aufgefordert, innerhalb 8 Tagen die Steuerreste nebst Zinsen abzuführen. Dasselbe gilt auch für die Steuerpflichtigen, die einen vorläufigen Steuerbescheid auf 1921 erhalten und die 4 Raten noch nicht entrichtet haben. Falls nicht die Zahlung innerhalb obiger Zeit erfolgt, wird das Mahn- und Zwangsvollstreckungsverfahren eingeleitet werden.
Stadtamt Lichtenstein-Callnberg, am 15. Februar 1922.

Bekanntmachung

Am 15. d. M. ist der 4. Termin **Gewerbesteuer** fällig. Alle Beitragspflichtigen werden aufgefordert, innerhalb 8 Tagen das Schulgeld zu bezahlen. Nach diesem Zeitpunkte erfolgen Mahnungen.
Stadtamt Lichtenstein-C., am 15. Februar 1922.

Wegertunde
für Kinder unter 1 Jahr findet Donnerstag den 16. Februar 1922 von P-S nachm. 1/2-1/4 Uhr im Callnberger Rathaus statt. **Das Wohlfahrtsamt.**

Sparkasse Hohndorf (Bez. Chemnitz)
Zinsfuß 3 1/2%. Tägliche Vergütung. Postfachkonto Leipzig Nr. 21489.
Gemeinde-Girokonto Nr. 2. Strengste Geheimhaltung. Kautzgehaltige Aufbewahrung, An- und Verkauf von Wertpapieren.

Geschäftszeit: 8 bis 1 Uhr vorm., 3-5 Uhr nachm. Mittwochs und Sonnabends nur von 8-1 Uhr, desgleichen vor sonstigen Festtagen. Vermittlung von Lebens- und Rentenversicherungen der öffentl. Lebensversicherungsanstalt sächsischer Sparkassen.

A. Mehl- und Brotpreise.

Veranlaßt durch den Wegfall der bisherigen Reichszuschüsse auf die Getreidepreise hat der Bezirksausschuß die **Mehl- und Brotpreise ab Donnerstag, den 16. Februar** wie folgt festgesetzt:

I. Mehlpreise.

a) **Großhandelspreis:** für 1 dz 85%iges Brotmehl 1 Pfd. Weizenmehl 450 Pf. frei Bäcker 685 M., 95 gr : 90 : für 1 dz 85%ig. Weizenmehl 115 gr : 110 : frei Bäcker 730 M.

II. Gebäckpreise.

1 Pfd. Schwarzbrot 320 M.
1900 gr 12,20 M.
1/2 Pfd. Weizen Gebäck (1 Doppelbröckchen) 1.— M.
150 gr 1,20 M.

Vorstehende Preise sind Höchstpreise im Sinne des Gesetzes, betr. Höchstpreise vom 4. August 1914. Ueberschreitungen dieser Höchstpreise werden nach genanntem Gesetz bestraft. Die Bekanntmachungen vom 11. 8., 11. 11. und 24. 12. 21. werden aufgehoben.

B. Bestandshebung.

Am **Sonntag, den 19. Februar** sind auf Anordnung der Reichsgetreidestelle alle Bestände aufzunehmen und in unten ersichtliches Formblatt

Bestandsanzeige

Vorhandenes Mehl		Vorhand. Backwaren in Mehl umgerechnet		Vorhandene Marken in Mehl umgerechnet		Unbeliebte Bezugsfabriken über		Summen Spalten 1-7	
Str.	gr.	Str.	gr.	Str.	gr.	Str.	gr.	Str.	gr.
1	2	3	4	5	6	7	8		

einzutragen. Letzteres ist am 20. Februar bei der Ortsbehörde abzugeben. **Vorhandene Vorräte** erfahren gemäß § 34 der Reichsgetreideordnung eine Nachberechnung des Unterhaltes zwischen dem alten und höheren Preise. Gewissenhafte Ausfüllung wird zur Pflicht gemacht, da der Bezirksverband Nachprüfungen der Angaben vornehmen wird. Am 19. Februar vorhandene Marken sind vom 20-22 Februar — selbstverständlich nur soweit sie zur Belieferung für volle Bäche reichen — abzuliefern. — Nr. 3 M. — Bezirksverband Glauchau, am 13. 2. 1922.

Kurze wichtige Nachrichten.

Während die italienische Regierung den 8. März als Datum der Konferenz von Genua festhält, glaubt der „Antragsant“ bezüglich zu können, daß die Konferenz bis zum 15. April verlagert worden ist. Sie werde dann in Rom oder einer anderen italienischen Stadt, nicht aber in Genua stattfinden.
Nach einer der besten Zeitungen von vertrauenswürdiger Seite zugegangenen Meldung sind die beiden Mörder Eybergers, Schulz und Lillessen, in Budapest eingetroffen, wo sie sich besonders des Schutzes der „Arwachenden Ungarn“ erfreuen sollen. Die Identität der beiden Persönlichkeiten scheint außer jedem Zweifel zu stehen. In Budapest ist ihre Anwesenheit ein offenes Geheimnis. — Bestätigungen der Meldung bleibt abzuwarten.
In einer besonderen Sitzung der lettischen Delegation wurde der Beschluß gefaßt, von Deutschland eine Entschädigung für die von Bernhardt mitgenommenen Kriegsmaterialien und Privatigentümer zu fordern.
Infolge eines in einem Blindschacht der Gleiwitzer Grube ausgebrochenen Stachelbrandes wurden 75 in der Grube befindliche Bergleute durch Kohlenoxydgas betäubt. Zwei davon wurden in das Knappschachtslazarett gebracht. Die übrigen sind wieder wohllauf. Rettungsmannschaften dämmten die Brandstätte ab.
Wie die Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahner bekannt gibt, sind gegen 147 Beamte Disziplinarverfahren eingeleitet worden. 18 Beamte wurden bisher vom Dienst suspendiert.
Die englische Regierung wird den ehemaligen Finanzsekretär der englischen Gesandtschaft in Wien, Young, als ihren Vertrauensmann nach Wien entsenden, mit der Aufgabe, die Verwendung des englischen Kredites genau zu überwachen.
Aus Helsingfors wird gemeldet: Gestern nachmittags wurden auf den Minister des Innern Ritalauroi drei Revolvergeschosse abgegeben, als er vor seiner Wohnung aus dem Automobil stieg. Er erlag auf dem Wege zum Krankenhaus keinen Verletzungen. Der Mörder wurde verhaftet.
Bis zum 1. Februar sind aus den russischen Hungergebieten 62 000 Kinder abtransportiert worden. Etwa 30 000 haben noch des Abtransportes. Im ganzen waren 338 650 Kinder gemeldet. Die übrigen sind gestorben.
„Daily Mail“ meldet aus Madras, die Lage sei bedrohlich, alle Europäer in Madras für den Vollgeleit herangezogen und mit Gewehren bewaffnet worden sein.

Deutschlands Steuerlast.

W. W. Der Rote an den Wiederherstellungsausschuß hat die deutsche Regierung vergleichende Uebersichten der Steuerlast in Deutschland, England und Frankreich beigefügt. Jedoch sind die Uebersichten leider unvollkommen, berückichtigen nur die direkte, nicht auch die indirekte Steuerlast. Weiter kommt hinzu, daß bei der vergleichswise Darstellung die Kaufkraft der Mark gegen den Franken und den Schilling nur unzulänglich eingeschätzt wurde. Fünf Papiermark sind bei der Berechnung dem Franken, elf Papiermark dem Schilling gleichgesetzt worden, obgleich die Kaufkraft von fünf Papiermark in Deutschland wesentlich geringer ist, als die eines Franken in Frankreich. Das gilt auch für das Umrechnungsverhältnis des Schillings. Die Belastung der Einkommen in Deutschland tritt aber nicht scharf genug hervor, wenn beispielsweise berechnet wird, daß der deutsche Gehalts- oder Lohnempfänger, der vier Kinder zu versorgen hat und ein Einkommen von 50 000 Papiermark bezieht 5,08 vom Hundert Steuern trägt, während ein Pflüchtiger in England mit diesem Einkommen frei ist und der Pflüchtiger in Frankreich nur 0,99 vom Hundert an Steuern zu leisten hat. Dabei sind die Schilling- und Frankeinkommen in Papiermark umgerechnet worden. Aus den Uebersichten geht weiter hervor, daß gerade die mittleren Einkommen aus Gehalt und Lohn, aus Kapitalrente, sowie aus Industrie, Gewerbe und Landwirtschaft in Deutschland schwerer mit direkten Steuern belastet sind, als in Frankreich und England. Die Spanne beträgt zwischen 12 und 18 vom Hundert. Auch bei den höheren und höchsten Einkommen ist die Belastung in Deutschland durchweg schwerer.
Das Bild würde noch schärfere Züge gewinnen, wenn auch die indirekte Belastung hätte dargestellt werden können. Diese ist bei der Tabaksteuer allein so hoch, daß nahezu 60 vom Hundert des Zigarettenpreises auf Steuern, Zölle und Gebühren entfallen. Nicht viel besser liegt das Verhältnis für Zigarren und Rauchtobake. Das deutsche Verbrauchssteuersystem ist so eng- und dichtmaschig, daß es darin von keinem anderen Land übertroffen wird. Nach dem Haushaltsvorschlag sollen an Steuern und Zöllen sowie sonstigen Verwaltungseinnahmen 103 Milliarden Mark hereinkommen. Die Ausgaben sind zwar nur auf 86,7 Milliarden Mark geschätzt, jedoch rechnungsmäßig ein Ueberschuß von etwas über 16 1/2 Milliarden Mark vorhanden ist. Jedoch

hat dieser Ueberschuß nicht einmal Papierwert, da der außerordentliche Haushalt des Reiches sowohl wie der Betriebsverwaltungen (Post und Eisenbahn) mit Anleihen arbeiten muß, was finanziell nichts anderes als ungedeckte Ausgaben sind. Hierfür sind nicht weniger als 14 Milliarden Mark vorgesehen, jedoch der Ueberschuß an sich schon in den Kaufkraft geschrieben werden müßte, wenn nicht noch andere Erwägungen gegen dessen Einstellung sprächen. Der ganze Haushalt beruht auf Schätzungen. Die Einnahmen aus direkten Steuern und Verbrauchssteuern sind Soll-, nicht Ist-Einnahmen. Bleiben sie also hinter dem Vorschlag zurück, was z. B. bei der Tabaksteuer sicher der Fall sein wird, so frist dieser Rückgang den rechnungsmäßigen Ueberschuß am anderen Ende auf. Dadurch, daß die Betriebsverwaltungen vom eigentlichen Verwaltungshaushalt des Reiches getrennt sind, ist zudem nur scheinbar ein Ausgleich geschaffen worden. Bei den Reichsbahnen wurden Einnahmen und Ausgaben mit 71 Milliarden Mark abgeglichen, der unvermeidliche Fehlbetrag aber auf den außerordentlichen Haushalt verschoben. Wenn die Einnahmen nach der Höberschraubung der Tarife zurückgehen, so stimmt auch dann der Vorschlag nicht. Wir haben also im Ganzen einen Reichshaushalt von über 200 Milliarden Mark. Daneben läuft der Haushalt für die Erfüllungspolitik, für den 187 Milliarden Mark vorgesehen sind. Das ist das Doppelte von dem, was wir tragen können.

Deutsches Reich

Abgelehnter kommunistischer Antrag.

3. Dresden. Die kommunistische Landtagsfraktion hatte bei der Etatberatung den Antrag gestellt, die vorgezeichneten Stellen der Oberstudiendirektoren (Leiter der höheren Lehranstalten) in Wegfall zu bringen, jedoch diese Lehranstalten eine Leitung durch ein Kollegium hätten erhalten müssen. Der Haushaltsausschuß lehnte diesen Antrag am Dienstag gegen 2 Stimmen ab.

Ein neuer deutscher Antrag.

Berlin. Der Pariser „Matin“ meldet: Der deutsche Botschafter hat Sonntag früh erneut mit Poincaré konferiert. Sein Besuch habe der Vorbereitung eines neuen deutschen Antrages gegolten nach Begleichung der sechsten

Zehntelgerate eine mehrtägige Pause in den deutschen Reparationszahlungen eintreten zu lassen. Die Bekämpfung neuer Devisen bei der deutschen Regierung ohne neue stärkere Inanspruchnahme der Notenpresse ist nicht möglich.

Ein zweites Vertrauensvotum.

Nach der Vossischen Zeitung glaubt man, daß nach der Abstimmung am Mittwoch, und nachdem die Regierung eine wenn auch nur geringfügige Mehrheit erhalten hat, von den Regierungsparteien eine Interpellation über die auswärtige Politik eingebracht werden wird, an deren Schluß, dann ein zweites Vertrauensvotum eingebracht werden soll, in dem der Reichsregierung die Billigung des Reichstages für ihre auswärtige Politik ausgesprochen werden soll. Ein solcher Antrag könnte auf die Zustimmung des ganzen Hauses mit Ausnahme der Deutschnationalen und der Kommunisten rechnen. Die Mehrheit, die sich für ihn ergeben wird, könnte dem Kabinett die Autorität gegenüber dem Auslande sichern, deren es besonders für die Konferenz von Genoa bedarf.

Die Autonomieerklärung Oberschlesiens.

In der Autonomiefrage haben die letzten Tage zu neuen Erörterungen zwischen dem Reichskabinett und der preussischen Staatsregierung geführt. Von ministerieller preussischer Seite wird uns mitgeteilt, daß die Autonomiefrage Oberschlesiens im Hauptgrund sein: Erledigung gefunden hat. Es besteht kein Widerstand des preussischen Staatsministeriums mehr. Lediglich der Zeitpunkt der Autonomieerklärung sei noch nicht festgesetzt.

Um die große Koalition.

Gestern vormittag fand in der Reichstanzlei in Gegenwart des Reichskanzlers eine Besprechung der Führer der drei Regierungsparteien mit den Führern der Deutschen Volkspartei statt. Die Verhandlungen waren vertraulich, jedoch glauben die Blätter mitteilen zu können, daß die Frage der großen Koalition erörtert worden ist. Nach einer Meldung des Sozialdemokratischen Parlamentsdienstes soll die Anregung zur Aufstellung dieses Problems von den Demokraten ausgegangen sein. Laut „Vorwärts“ soll sich die Volkspartei dazu bereit erklärt haben, ihren Vertrauensantrag zurückzuziehen, wenn die große Koalition verwirklicht werden sollte. Bei den Sozialdemokraten löst allerdings der Gedanke einer Erweiterung der Regierungskoalition nach rechts nicht auf große Gegenliebe. Der „Vorwärts“ spricht von einem nicht zulässigen Druck auf die sozialdemokratische Fraktion, welcher in wirtschaftlicher Weise abgewehrt werden müsse. Nachmittags sind die einzelnen Fraktionen zusammengetreten, um zu dem Ergebnis der Verhandlungen beim Reichskanzler Stellung zu nehmen.

Der Reichsfinanzminister in Schwierigkeiten.

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat am letzten Sonntag in längerer Ausführung nachgewiesen, daß die Beamtengehälter im allgemeinen leistungswegs hinter den entsprechenden Gehältern und Löhnen der Privatindustrie zurückgeblieben. Er hat die scharfen Angriffe des unabhängigen Abgeordneten Titmann zurückgewiesen und seine Bereitwilligkeit erklärt, auch künftig in der Bemessung der Beamtengehälter die zunehmende Teuerung zu berücksichtigen. Über die Finanzpolitik und vor allem über die auspolitischen Folgen dieses Entgegenkommens hat er sich dagegen nicht ausgelassen. Es ist ausgeschlossen, daß die Einnahmen des Reichs auch nur annähernd im gleichen Verhältnis steigen, wie es bei den Ausgaben für persönliche Zwecke der Fall sein soll. Wie unsere Gläubiger sich zu Staats-Ueberforderungen stellen werden, — dafür fehlt noch jeder Anhalt. Es ist leider wahrscheinlich, daß unsere Gläubiger von uns fordern werden, den ostentativen Reichshaushalt durch ordentliche Einnahmen zu decken. Der Reichsfinanzminister wird hierbei in ein unlösliches Dilemma geraten.

Keine Streiklösung bei der Reichsgewerkschaft.

Wie ein Berliner Abendblatt meldet, hat die Reichsgewerkschaft zu Donnerstag ihren erweiterten Vorstand zu einer Sitzung zusammenberufen, angeblich um einen erneuten Streikbeschluss herbeizuführen, falls die Regierung nicht von weiteren Maßregelungen absehen werde. — Es ist richtig, daß der erweiterte Vorstand der Reichsgewerkschaft zusammenberufen wird. Wie die Telegraphen-Union aber erfährt, ist der Antrag hierzu von den Mitgliedern erfolgt und zwar mit der sachlichen Tendenz, eine Neuwahl dieses Vorstandes durchzuführen. Es ist auch vollkommen abwegig, zu behaupten, daß die Reichsgewerkschaft einen neuen Streik beschließen werde, da die Reichsgewerkschaft nach den Erfahrungen der letzten Tage gänzlich daran denkt, zu einem neuen Streik zu drängen, vielmehr bemüht ist, im Gegenteil möglichst auf ihre Mitglieder einzuwirken.

Der Milliarden Schaden durch den Streik.

Was der letzte Streik Reich und Stadt gekostet hat, diese Frage ist erschöpfend kaum zu beantworten, aber einige Zahlen sollen doch genannt werden, um zu zeigen, welche Kosten ein Streik, wie der letzte, verursachen kann. Die Reichsverkehrsverwaltung berechnet den Einnahmenschwund des Streiks auf 1,8 Milliarden Mark, den Schaden durch Materialerlösen usw. auf etwa 500 Millionen Mark. Die Stadt Berlin hat einen Ausfall von 650 Millionen Mark Einnahmen und etwa 12 Millionen Mark Materialschaden. Dazu kommen die Ausgaben für die Technische Röhrlöhne, so daß Reich und Stadt Berlin allein einen vorläufigen Schaden von 2,4 Milliarden Mark rund herausrechnen. Dazu kommt der gar nicht zu schätzende Schaden der Industrie, der Reichspost und der Einzelpersonen an Verdienstmöglichkeiten und direkt unnötigen Ausgaben.

Schwarz-Weiß-Rot oder die neuen Farben?

Aus Kamerun kommt die Nachricht, daß im Spätsommer vorigen Jahres zum ersten Male wieder ein deutsches Schiff den Kongo hinaufgefahren sei. Die französischen Behörden verboten ihm natürlich, an der Grenze des ehemaligen Schutzgebietes anzulegen. Aber die Eingeborenen, die mit freudigem Erstaunen die altbekannte schwarz-weiß-rote Flagge wiedersehen, wählten doch die Verbindung mit ihren ehemaligen Beschützern wieder herzustellen und ihnen ihre Unabhängigkeit und ihre Unzufriedenheit mit den heutigen Machthabern zu beweisen. In unzähligen Booten näherten sie

Das Reichsmietengesetz im Reichstag.

Berlin, 14. Februar.

Präsident Ebert eröffnet die Sitzung um 2,20 Uhr mit einem Nachruf auf den verstorbenen demokratischen Abg. Hausmann.

Auf der Tagesordnung stehen dann kleine Anfragen. Nach deren Erledigung befaßt sich das Haus mit dem Reichsmietengesetz.

Durch die Vorlage wird der Begriff der gesetzlichen Mietzins eingeführt. Bei Berechnung der gesetzlichen Mietzins wird von der Friedensmiete ausgegangen, d. h. von dem Mietzins, der für die mit dem 1. Juli 1914 beginnende Mietzeit vereinbart war. Der in der Friedensmiete für Betriebs- und Instandsetzungsarbeiten nötige Betrag ist abzuziehen. Das gleiche gilt für Vergütungen, die in der Friedensmiete für die Heizstoffe für Sammelheizung oder Warmwassererzeugung usw. enthalten sind. Die oberste Landesbehörde hat für die abzuziehenden Beträge Hundertsätze der Friedensmiete festzusetzen. Der sich nach Abzug dieser Hundertsätze ergebende Betrag bildet die Grundmiete. Bei Streitigkeiten entscheidet das Mieteinigungsamt, bei Bauten, deren Fertigstellung in der Zeit vom 1. Juli 1914 bis zum 30. Juni 1918 erfolgte, hat das Mieteinigungsamt die Friedensmiete in der Höhe festzusetzen, welche den gegen die Friedenszeit erhöhten Baukosten entspricht. In der Grundmiete treten Zuschläge für

1. Steigerung der Mieten einer in der Vorletzungszeit vorhandenen Belastung des damaligen Grundstückswertes, soweit die Belastung in dem Bezirke, für den der Zuschlag festgesetzt wird, allgemein üblich war, und die Kosten für die Erneuerung dieser Belastung,

2. die Betriebskosten,

3. die Kosten für laufende Instandsetzungsarbeiten.

Betriebskosten sind für das Haus zu entrichten: Steuern, öffentlich: Abgaben, Versicherungsgebühren, die Kosten für eigene oder fremde Verwaltungstätigkeit usw. Als laufende Instandsetzungsarbeiten gelten nicht: die vollständige Erneuerung der Dachrinnen und Ablaufrohre, das Umbauen des Dachges, der Abzug oder Anstrich eines Hauses im Außenbereich, der Anstrich des ganzen Treppenhauses im Innern, die Erneuerung der Heizanlage zur Schaffung der Mittel für große Instandsetzungsarbeiten ist von den Mietern zu leisten. Der Betrag in einem Hundertsatz der Grundmiete zu zahlen, der von der obersten Landesbehörde festzusetzen ist. Die Kosten der Heizstoffe für Sammelheizungen und Warmwassererzeugung sind getrennt von der gesetzlichen Mietzins zu berechnen.

Ministerialdirektor Dr. Ritter leidet die Aussprache ein. Die Vorlage will die Mietzinsbildung dem wirtschaft-

lichen Verhältnissen des Hausbesitzes anpassen, ohne die Mieter allzu sehr zu schädigen. Der Gesetzentwurf will die richtige Miete finden zwischen der Forderung der Zwangswirtschaft und der der vollen freien.

Abg. Silberschmidt (Soz.) erklärt, er wolle Mieterinteressen wahren. Er verlangt den Ausbau der Rechte. Eine Sozialisierung des Wohnungsbaues wird durch die Vorlage nicht erreicht.

Abg. Guttnecht (Dnl.) hält die Vorlage in der vorliegenden Fassung für unannehmbar. Sie

raube dem Eigentümer sein Selbstbestimmungsrecht.

Es sei ein gefährliches Experiment, den Wohnungsbau sozialisieren zu wollen. Das Gesetz gibt zwar dem Hausbesitzer die Möglichkeit, seine Existenz zu behaupten, aber die Mittel, die es zu diesem Zwecke anwenden will, sind so verfehlt, daß wir unsere Zustimmung nicht geben können.

Abg. Schlad (Zet.): Dieses Gesetz ist nicht für oder gegen einander gemacht, sondern aus einer volkswirtschaftlichen Notlage heraus. Einen großen Verwaltungsapparat lehnen wir ab; im Interesse des deutschen Wohltandes und der Volkswohlfahrt nehmen wir es auf uns, dem Gesetz zuzustimmen.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: In der Verfassung heißt es, Eigentum verpflichtet. Das Gesetz ist nur eine aus der Kriegszeit geborene Notmaßnahme.

Abg. Borchert (D. Opt.): Unsere Aufgabe ist die Befreiung des Volkes von der Zwangswirtschaft.

Die Mieten habe man lässlich niedergehalten, statt sie allmählich der fortschreitenden Geldentwertung anzupassen, aber der jetzige Zustand ist immer noch besser als der, den dieses Reichsmietengesetz in Aussicht stellt. Es biete ja den Sozialdemokraten für später die leichte Möglichkeit, den Hausbesitz völlig zu enteignen. Die

Vertragsfreiheit werde völlig aus,

wenn sie auch dem Ansehen nach erhalten bleibt. Ohne unsere Abänderungsanträge ist das Gesetz für uns unannehmbar. Die Hauswirte vermüssen heute jeden Mann in der Bekleidung jugendlicher Schak. Darum gehen ganz Häuserblocks in die Hände von Ausländern über. Das Gesetz ist ein verfassungswidriges Gesetz.

Abg. Ruhn (Unabh.) tritt für die Sozialisierung des Wohnungswesens ein und fordert zu mindestens ein Bodenpreis- und Hypothekensystem.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 2 Uhr. Reichsmietengesetz, Besprechung der Regierungsvorlage über den Eisenbahnbetriebsvertrag am 4 Uhr. Abstimmung über die dazu vorliegenden Entwürfe.

Schluß 6 1/2 Uhr.

lich dem deutschen Schiff, mit einer nicht zusammengehörigen Musiktruppe brachten sie den Deutschen Nationen, überreichen Landesprodukte in Halle und Halle als Geschenke und baten die Besatzung, in Deutschland dafür zu sorgen, daß sie wieder unter deutsche Herrschaft kämen. — Und nun verhalte man sich anzunehmen, welchen Erfolg die Fahrt des Schiffes gehabt hätte, wenn es mit der fremden neuen Flotte gefahren wäre! Flottenwechsel ist gleichbedeutend mit Unterwerfung der Völk unserer politischen und wirtschaftlichen Gegner!

Der Aufmarsch der Bayern.

Die große landwirtschaftliche Woche fand Montag ihre äußere Betonung durch die Verlesung der Landwirte. Die Landwirte sind jedoch nicht die offizielle Tagung des Reichslandbundes an Stelle des früheren Bundes der Landwirte, sondern eine Kundgebung der brandenburgischen Bauern. Obwohl es sich nur um eine provinzielle Gruppe der Landwirte handelt, war der Aufmarsch doch zahlenmäßig unvergleichlich stark. Rund 10000 Landwirte nahmen an der Kundgebung, so daß außer einer Barallüberauskunft noch eine weitere unter freiem Himmel abgehalten werden mußte. Nach den vielfach vorgebrachten Klagen der Landwirte über die jetzige Reichs- und Steuerpolitik, die besonders in den Kreisen des Rittergutsbesitzers Nikolaus Rosin und des Vorsitzenden des Reichslandbundes Hepp und des Vorsitzenden der brandenburgischen Landwirte von Oppen zum Ausdruck kamen, wies die Kundgebung auch einen stark vaterländischen Beizug auf. Die Forderungen zu der Kundgebung, die in einer Forderung zum Ausbruch kamen, gipfelten in der Hauptfrage in der völlig freien Wirtschaft. Die Bauern würden sich auch eine noch so freundliche Anklage nicht mehr gefallen lassen. Wenn die jetzigen Macht-haber in ihrer Steuer- und Sozialisierungspolitik weiter verharren, würden die Bauern auch vor Anwendung der stärksten gewerkschaftlichen Machtmittel nicht zurückweichen. Der unter Beteiligung der deutschen Regierung begründeten Getreide-N. G. würden die Bauern kein Pfund Korn, keinen Ballen Stroh und keinen Groschen Geld geben. Die Landwirte seien bereit, durch eine große Hilfsaktion dem Vaterlande zu helfen, erwarteten jedoch, daß sie bei allen Schichten des Volkes für ihre bedeutungsvolle nationale Aufgabe Achtung, Verständnis und Mithilfe finden. Nach einer von warmem Vaterlandsempfinden getragenen Rede des Magdeburger Dampfarsens Martin stimmten die Versammelten entblöhten Hauptes das Niederländische Pantgebet an. Die Kundgebung wurde schließlich mit dem Gesang des Deutschenliedes „Deutschland, Deutschland über alles!“ geschlossen.

Der deutsch-jeridische Handelsvertrag.

In Geiste des Abchlusses des Handelsvertrages mit Deutschland beschloß die Regierung, den Reparationsartikel 18 des Versailler Vertrages betr. das Standrecht wegen des deutschen Eigentums im Auslande außer Kraft zu setzen. Hierdurch wird das große Hindernis für die weitere Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen beseitigt.

Der Kampf Bayerns gegen die Schuldfrage.

Rünchen. Der Verfassungsausschub des bayerischen Landtages nahm einen Antrag an, womach die bayerische

Regierung bei der Reichsregierung dahin wirken soll, daß im In- und Auslande, insbesondere den Entente-Ländern, das authentische Material verbreitet wird, das die im Versailler Vertrage aufgeführte Behauptung von der Schuld Deutschlands am Kriege zu zerstreuen vermag. — Der Vertreter der Regierung führte dazu aus, daß sich die bayerische Regierung und der Landtag bereits seit langem bemühen, die Reichsregierung zu einer allfälligen Abwehr gegen die Schuldfrage zu veranlassen. Die bayerische Regierung ist auch mit anderen Landesregierungen in Verbindung getreten und habe die Zustimmung bei Württemberg, Sachsen, Hessen und Braunschweig gefunden. Die Reichsregierung habe zwar zugestimmt, aber den Zeitpunkt für eine allfällige Abwehr noch nicht für gekommen erachtet. Die bayerische Regierung steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß zur Beseitigung der Schuldfrage ein entschiedenes Handeln geboten sei. Die rückhaltlose Veröffentlichung unseres Materials sei eine Forderung der Gerechtigkeit und auch der Würde, deren Erfüllung Deutschland sich nicht entziehen dürfe. Bayern beabsichtige, auch weiterhin mit Nachdruck in dieser Richtung tätig zu sein.

Französische Intrigenpolitik.

Die Note, die Poincaré vor etwa einer Woche nach London gerichtet hat, ist wenige Tage später an alle Entente-organen, die zur Konferenz nach Genoa eingeladen sind, zu dieser Note nimmt Poincaré zu der kommenden Genoa-Konferenz Stellung. Die Darlegungen gipfeln in dem Vorschlag, die Konferenz mindestens um drei Monate aufzuschieben. Lord George hat fast gleichzeitig erklärt, daß der 8. März als Eröffnungstag für die Konferenz festgehalten werden müsse. Wie diese Meinungsverschiedenheit zwischen London und Paris innerhalb von drei Wochen beigelegt werden soll, ist noch ganz unklar. Die sachlichen Ausführungen Poincarés zu dem Konferenzplan liefern den Beweis dafür, daß die französischen Politiker heute noch gänzlich genaugen sind. Dies geht besonders aus den Punkten hervor, die sich auf die deutsche Frage beziehen. Poincaré wünscht, daß die bestehenden Verträge nicht angefaßt werden sollen. Dies bedeutet den Ausschluß aller im Versailler Vertrag und besonders im Reparationsabkommen vom 5. Mai 1921 enthaltenen Fragen. Die Forderung der französischen Note, den Völkerbund in seinen Befugnissen unangefast zu lassen, zeigt, daß die umständliche und dilatorische Behandlung der Weltfragen durch den Völkerbund ganz nach dem Sinne Frankreichs ist. Unter dem am 6. Januar in Cannes ausgearbeiteten Bedingungen für die Teilnahme an der Genauer Konferenz war auch die, daß jeder Teilnehmer Achtung vor der inneren Souveränität der anderen Staaten haben soll. Poincaré fürchtet, daß hiemit die Möglichkeit genommen würde, in Deutschland die in Ungarn zu interpenieren. Weiter verlangt der französische Ministerpräsident ausdrücklich, daß die Alliierten das 9

Behalten sollen, fionsoerpflüchtun ergreifen. — W welchem die Ro und beweisen u Kulissen ein raf ferenz und ihre

Un Der En genommen worde W. Altona Aberna Wie wir hören, die erst am 1. am 1. März um

— Vor dem Finanzministerium ausgearbeitet, werden soll, um für Sammelwed das umlaufende geben. Der Ge

— Betr/ für das Erwerb unserer Erren Bandwirte des S verbilligten Wer die uns t gendes Bild: A Kartoffeln:

unentvöllich 3076 Nr. in ganzen dem inatunne müßen vorte der obere von diesem N

dürftige in der Marienberg 26 verbilligte Kart die anlässlich des gen Fachwech

— In de die Besucher re das fehlende un sowie ein hübl

— Die Redaktionsm als mit der kelbländiger der Porlaie i der Ausschüß

Frage der rad Stimmen gegen neuen, jedoch des früheren Regierung, bei oeraufhebung

Bei im Rahmen führungserwerb che sie von r eudung zu r

— Vereinarung: a. B. die Rat und Verhören

— J. Zur gierung wurde die am 11. Rel des neuen En eine Noth cer

Das G Stri

41. War das „Grate“ Die Grif Gleich dar

— Die wri faab Parigun Die Grubender Zim Ruhe —

— Partholon dände und in Komm. schaft mitinat noch garricht!

— Seine 2 Klanz, der V eudrie. Obne Feh er das

— Eine halldah'n mit V k'nem Chauit Ehe er e

— Ein Bild v „Salt D „D sehr, Du baib wch

